



HESSISCHER LANDTAG

23. 05. 2019

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stärkung der Europäischen Union zum Wohle Hessens

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erneuert sein Bekenntnis zu einem geeinten, demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialen Europa und stellt fest, dass die Europäische Union auch für die Menschen in Hessen wesentlich zu Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand beigetragen hat. Er bekennt sich zu den gemeinsamen Werten der europäischen Nationen, die die Grundlage für die Europäische Integration sind. Diese Union der Werte basiert auf der Wahrung der Menschenrechte, der Demokratie sowie auf Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Toleranz und Vielfalt. Europa ist mehr als ein einheitlicher Wirtschaftsraum.
2. Der Landtag wird weiter daran mitarbeiten, die EU unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu stärken und weiterzuentwickeln und dadurch auch das Wohl Deutschlands und Hessens zu stärken. Regionale, nationale und europäische Interessen sind dabei für uns keine Gegensätze. Zu dieser Weiterentwicklung gehört für uns auch die Stärkung der Demokratie in Europa durch die Einführung eines Initiativrechtes für das Europäische Parlament.
3. Der Landtag stellt fest, dass große und vielfältige gesellschaftliche Herausforderungen unserer Zeit europäische Lösungen erfordern und die Europäische Union daher in wichtigen Politikbereichen mehr Verantwortung übernehmen muss. Dies gilt in besonderem Maße in den Bereichen der Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitsstruktur zur Bekämpfung von (Steuer-)Kriminalität und Terrorismus, der europäischen Vorreiterrolle im Umwelt- und Klimaschutz, der Ordnung und Steuerung von Migration, der Etablierung einer gemeinsamen starken europäischen Stimme in der Welt durch mehr gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf Grundlage unserer Werte sowie der Vollendung des Binnenmarktes und der Handelspolitik.
4. Der Landtag hält es für angezeigt, dass der EU-Haushalt der Europäischen Institutionen angemessen und aufgabengerecht ausgestattet ist. Deutschland profitiert in besonderem Maße von der Europäischen Einigung, dem Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung. Auch haben wir in Hessen ein großes Interesse daran, dass die EU die in sie gesetzten Erwartungen im Hinblick auf die europäischen Aufgaben erfüllen kann. Der Landtag begrüßt daher, dass die Bundesregierung unter den genannten Voraussetzungen die Bereitschaft zu höheren Beiträgen Deutschlands in den EU-Haushalt signalisiert hat.
5. Der Landtag stellt fest, dass die Einhaltung der gemeinsamen Verträge dabei erste Voraussetzung für das Funktionieren und gleichzeitig für die Akzeptanz der EU als Rechtsgemeinschaft ist. Das umfasst auch die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Fiskalvertrags, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und die Trennung von Geld- und Finanzpolitik sowie die Verteilung von Zuständigkeiten in verschiedenen Politikbereichen auf verschiedene staatliche Ebenen. Dabei stehen wir fest zu den föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität und halten diese im Sinne von Transparenz, Bürgernähe und einer effizienten Aufgabenerfüllung für erforderlich.

Wiesbaden, 22. Mai 2019

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Holger Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)